

Berger, Johannes; Graf, Nikolaus; Strohner, Ludwig; Schuh, Ulrich

**Research Report**

## Österreichs Wirtschaft am Scheideweg: Gute Position - ungünstiger Ausblick

Policy Note, No. 9

**Provided in Cooperation with:**

EcoAustria – Institute for Economic Research, Vienna (Austria)

*Suggested Citation:* Berger, Johannes; Graf, Nikolaus; Strohner, Ludwig; Schuh, Ulrich (2015): Österreichs Wirtschaft am Scheideweg: Gute Position - ungünstiger Ausblick, Policy Note, No. 9, EcoAustria - Institute for Economic Research, Vienna

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/227390>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

EcoAustria – Institut für Wirtschaftsforschung

Am Heumarkt 10

A-1030 Wien

Tel: +43-664-887 396 27

<http://www.ecoaustria.at>

Email: [office@ecoaustria.at](mailto:office@ecoaustria.at)



Wien, April 2015

## POLICY NOTE No. 9

---

# Österreichs Wirtschaft am Scheideweg: Gute Position – ungünstiger Ausblick

---



## Policy Note

### Österreichs Wirtschaft am Scheideweg – Gute Position – ungünstiger Ausblick

*DI Johannes Berger, EcoAustria – Institut für Wirtschaftsforschung*

*Mag. Nikolaus Graf, EcoAustria – Institut für Wirtschaftsforschung*

*Mag. Ludwig Strohner, EcoAustria – Institut für Wirtschaftsforschung*

*Dr. Ulrich Schuh, EcoAustria – Institut für Wirtschaftsforschung*

**April 2015**

#### Kurzdarstellung:

Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat erhebliche Unterschiede in der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Mitgliedstaaten des Euroraums und der Europäischen Union offengelegt. Ein Vergleich ausgewählter Mitgliedstaaten zeigt, dass sich die Österreichische Wirtschaft in den vergangenen Jahren innerhalb der EU-Mitgliedstaaten äußerst gut geschlagen hat. Dies betrifft das Wirtschaftswachstum und insbesondere das Wachstum der Beschäftigung. Gleichzeitig hat sich die Wettbewerbsposition der österreichischen Wirtschaft allerdings in entscheidenden Bereichen deutlich verschlechtert. Die ungünstige Performance Österreichs bei den Lohnstückkosten, der Inflation, der Arbeitslosigkeit und den öffentlichen Finanzen lässt eine Phase schwachen Wirtschafts- und Beschäftigungswachstums in der nahen und mittleren Frist erwarten. Aufgrund der weiterhin bestehenden großen makroökonomischen Ungleichgewichte innerhalb des Euroraums ist zusätzlich davon auszugehen, dass sich die allgemeinen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die österreichische Volkswirtschaft anhaltend schwierig gestalten werden.



# Inhalt

---

<b>1. EINLEITUNG</b>	<b>1</b>
<b>2. WIRTSCHAFTLICHE PERFORMANCE UND WETTBEWERBSFÄHIGKEIT AUSGEWÄHLTER MITGLIEDSTAATEN</b>	<b>2</b>
2.1. WIRTSCHAFTLICHE PERFORMANCE	3
2.2. INTERNATIONALE WETTBEWERBSFÄHIGKEIT	4
2.3. PREISLICHE WETTBEWERBSFÄHIGKEIT	6
2.4. ARBEITSLOSIGKEIT	8
2.5. STAATSFINANZEN	9
<b>3. BEWERTUNG DER ERGEBNISSE</b>	<b>11</b>
3.1. VOLKSWIRTSCHAFTLICHE WETTBEWERBSPOSITION ÖSTERREICHS	12
3.2. WACHSTUM UND STABILITÄT IM EURORAUM	13
3.3. RESUMEE UND EMPFEHLUNGEN	13

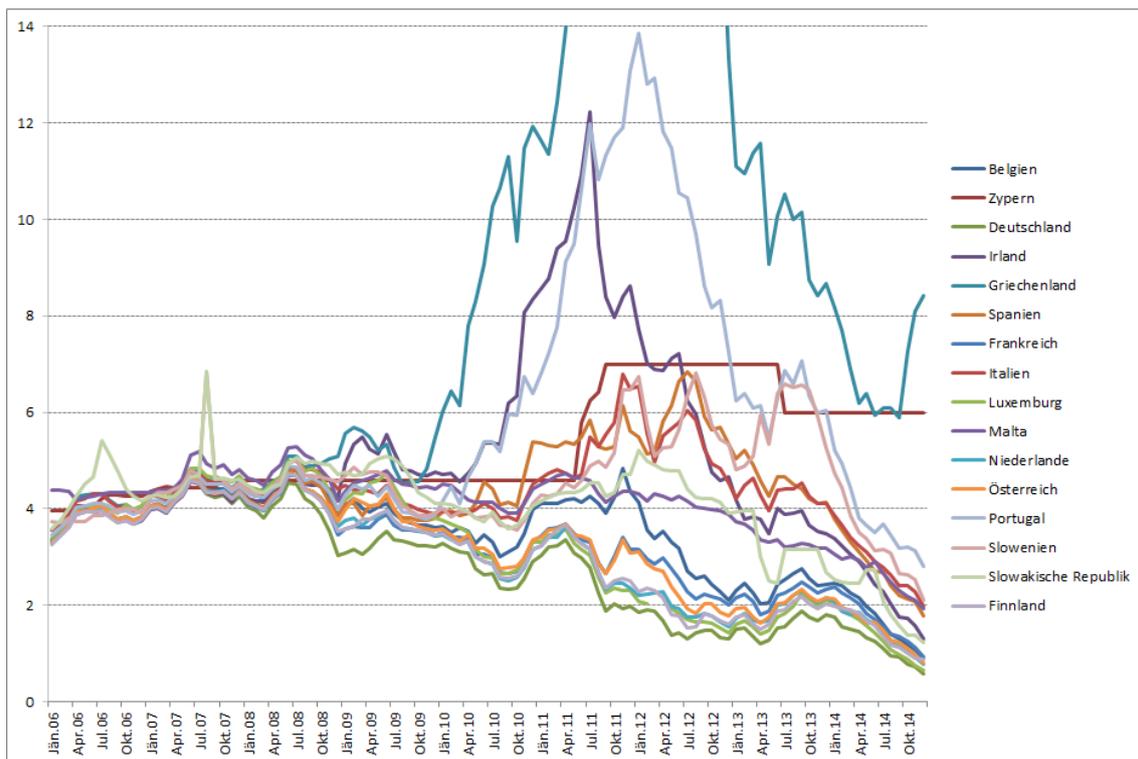


## 1. Einleitung

Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat erhebliche Unterschiede in der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Mitgliedstaaten des Euroraums und der Europäischen Union offengelegt. Deutlich sichtbar wird die Heterogenität der wirtschaftlichen Performance an der Entwicklung der Renditen der langfristigen Staatsanleihen im Euroraum. Unterschiede in den Renditen der Staatsanleihen spiegeln die Einschätzung der langfristigen Solidität der öffentlichen Finanzen in den einzelnen Staaten wider und sind damit auch ein Indikator für deren wirtschaftliche Stabilität und Leistungsfähigkeit.

Abbildung 1 stellt die Entwicklung der Renditen für Staatsanleihen im Zeitraum 2006 bis Ende des Jahres 2014 dar. Bis Mitte des Jahres 2008 waren nur geringfügige Abweichungen zwischen den jeweiligen Renditen zu verzeichnen. Mit dem Ausbruch der Finanzkrise hat sich die Streuung der Renditen jedoch substantiell ausgeweitet. Dabei haben einerseits Staatsschuldenkrisen in einzelnen Staaten zu zeitweilig massiven Anstiegen der Risikoprämien für einzelne Staatsanleihen geführt, andererseits haben sich die Unterschiede in den Renditen dauerhaft erhöht.

Abbildung 1: Renditen für langfristige Staatsanleihen



Quelle: OeNB auf Basis von EZB, Reuters und Eurostat.

Die Entwicklung der Renditen auf Staatsanleihen belegen, dass die Marktteilnehmer mittlerweile eine dauerhaft differenzierte Einschätzung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Mitgliedstaaten der Europäischen Union vorgenommen haben. Die Staatsschuldenkrise in einzelnen Staaten haben verdeutlicht, dass erhebliche wirtschaftliche Ungleichgewichte innerhalb der Mitgliedstaaten der Europäischen Union bestehen, die den Zusammenhalt der EU und insbesondere des gemeinsamen Währungsraumes bedrohen.

Österreich war in den Jahren 2011 und 2012 von erhöhten Risiko-Aufschlägen auf die Staatsschuld betroffen, hat sich jedoch mittlerweile in eine Kerngruppe von Staaten eingefügt, die nur geringfügig höhere Renditen aufweisen als jener Staat der traditionell die niedrigsten Werte aufweist, Deutschland.

Im der vorliegenden Studie wird die Entwicklung zentraler wirtschaftlicher Indikatoren für eine ausgewählte Zahl von Mitgliedstaaten der Europäischen Union in den letzten 10 Jahren analysiert. Dabei werden zum einen makroökonomische Leistungsindikatoren und zum anderen wettbewerbsrelevante Variablen herangezogen. Dies resultiert einerseits in einer Bestandsaufnahme der aktuellen Leistungsfähigkeit der betrachteten Volkswirtschaft und ermöglicht andererseits eine Einschätzung für den mittelfristigen Wirtschaftsausblick für die jeweiligen Staaten.

Die Resultate des empirischen Vergleichs ist für Österreich in zweierlei Hinsicht von hoher Relevanz. Erstens ermöglicht die empirische Analyse eine Beurteilung der relativen wirtschaftlichen Position und deren mittelfristige Perspektive innerhalb der Europäischen Union. Zweitens beleuchtet die Analyse den Status und die Dynamik der wirtschaftlichen Ungleichgewichte innerhalb des Euroraums und der EU und beleuchtet somit die für die österreichische Wirtschaft höchst relevanten Rahmenbedingungen.

## 2. Wirtschaftliche Performance und Wettbewerbsfähigkeit ausgewählter Mitgliedstaaten

In die vorliegende Analyse werden neben Österreich, Deutschland, als größte und gegenwärtig dynamischste Volkswirtschaft, Frankreich, zweitgrößte Wirtschaft mit anhaltender wirtschaftlicher Schwäche, Italien, ein wichtiger Handelspartner Österreichs mit schwerwiegender Wachstumsschwäche, die dynamische und reformfreudige Wirtschaft von Schweden, sowie Spanien als ein Mitgliedstaat des Euroraums, der von der Finanzkrise in besonderem Maße betroffen wurde, einbezogen.

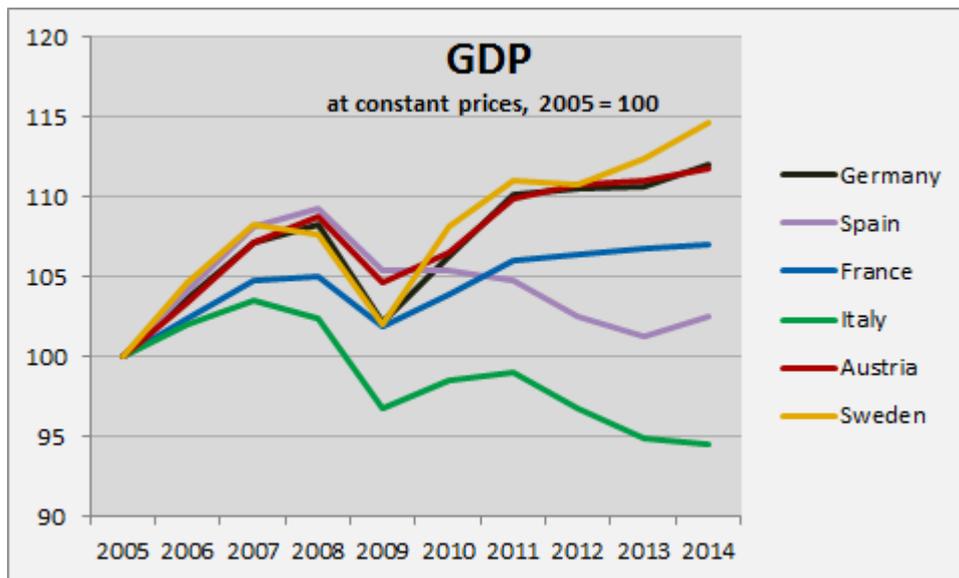
Als Indikatoren für die aktuelle wirtschaftliche Performance werden das reale Bruttoinlandsprodukt und das Beschäftigungswachstum herangezogen. Zur Beurteilung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der Volkswirtschaften werden die Inflationsrate und die Entwicklung der nominellen Lohnstückkosten verglichen. Als Indikatoren für die Position der externen Wettbewerbsfähigkeit der Ökonomien werden die Entwicklung der Exporte, sowie die Leistungsbilanz in Prozent des Bruttoinlandsprodukts verwendet. Die Arbeitslosenquote bildet die interne Flexibilität des Arbeitsmarktes ab. Schließlich werden die Fiskalindikatoren, Nettofinanzierungssaldo und Bruttoverschuldungsquote zur Einschätzung der Lage der Finanzen und der Reformfortschritte im öffentlichen Sektor herangezogen.

Die Indikatoren werden für den Zeitraum 2005 bis Ende 2014 ausgewiesen. Dieser Zeitraum beinhaltet somit die Phasen unmittelbar vor und nach der Finanz- und Wirtschaftskrise.

## 2.1. Wirtschaftliche Performance

In Abbildung 2 wird die wirtschaftliche Entwicklung durch das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) abgebildet. Die Werte des BIP wurden für die Staaten dabei auf einen Wert von 100 für das Jahr 2005 normiert. Die Zeitreihen bilden somit die relative Wachstumsperformance der verglichenen Staaten ab.

Abbildung 2: Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts seit 2005



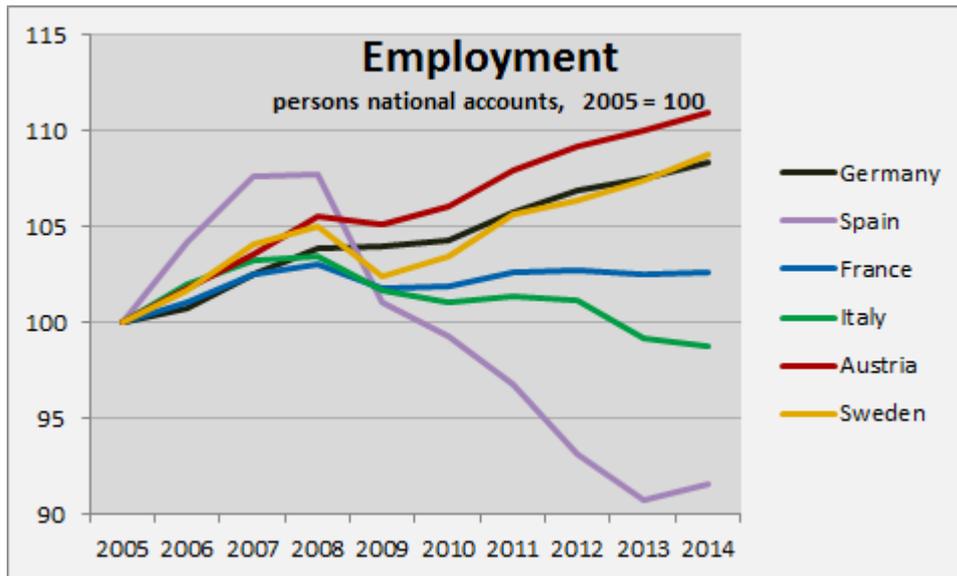
Quelle: Europäische Kommission, AMECO Database

Der Indexwert von 115 für Schweden impliziert, dass die schwedische Wirtschaft seit dem Jahr 2005 ein reales Wachstum von kumuliert 15 Prozent (d.h. ca. 1,5 % pro Jahr) erzielt hat. Schweden hat damit ein höheres Wachstum als alle betrachteten Mitgliedstaaten des Euroraum erreicht. Deutschland und Österreich weisen eine de-facto identische Wachstumsperformance auf. In beiden Staaten betrug das Wirtschaftswachstum seit 2005 12 %, wobei Österreich die Finanzkrise schneller überwunden hat, danach jedoch eine etwas gedämpftere Wachstumsentwicklung gegenüber Deutschland aufwies. Spanien wies bis zum Jahr 2008 die dynamischste Wachstumsentwicklung unter den betrachteten Staaten auf, war dann jedoch von einem massiven und anhaltenden Rückgang der Wirtschaftsleistung betroffen. Erst im Jahr 2014 konnte eine Trendwende geschafft werden. Gegenüber dem Jahr 2005 ist die Wirtschaftsleistung in Spanien gerade einmal um 2,5 % angestiegen. Dies ist auf die schwerwiegenden Folgen der Wirtschaftskrise zurückzuführen – gegenüber dem Jahr 2008 ist die spanische Wirtschaft um mehr als 6 % geschrumpft. Die Wirtschaft Frankreichs hat sich im gesamten Beobachtungszeitraum deutlich langsamer entwickelt als in den führenden Staaten. In den vergangenen zehn Jahren betrug das Wachstum 7 % und somit kaum mehr als die Hälfte des deutschen und österreichischen Wirtschaftswachstums. Obwohl Frankreich die Finanzkrise relativ unbeschadet überwunden hat, ist festzustellen, dass die französische Wirtschaft offensichtlich nicht mit dem deutschen Wachstumstempo Schritt halten kann. Die mit Abstand ungünstigste Wachstumsperformance weist Italien auf. Schon vor dem Ausbruch der Finanzkrise blieb das Wirtschaftswachstum hinter den anderen betrachteten Ökonomien zurück, in der Phase nach der Finanzkrise hat sich die Wachstumsschwäche weiter verfestigt. Das italienische BIP lag im Jahr 2014 um mehr als 5 % unter dem Vergleichswert des Jahres 2005. Im

Gegensatz zu Spanien war auch am Ende des Beobachtungszeitraums keine Erholung der Wirtschaft zu erkennen.

Die Anzahl der Beschäftigungsverhältnisse wird als zweiter Ergebnisindikator für die Wirtschaftsentwicklung verwendet. Abbildung 3 stellt die Beschäftigungsentwicklung seit 2005 dar, wobei die Ausgangswerte für die verschiedenen betrachteten Mitgliedstaaten auf 100 normiert wurden. Es zeigt sich im Vergleich zur BIP-Entwicklung ein ähnliches, aber nicht deckungsgleiches Bild.

Abbildung 3: Entwicklung der Beschäftigung seit 2005



Quelle: Europäische Kommission, AMECO Database

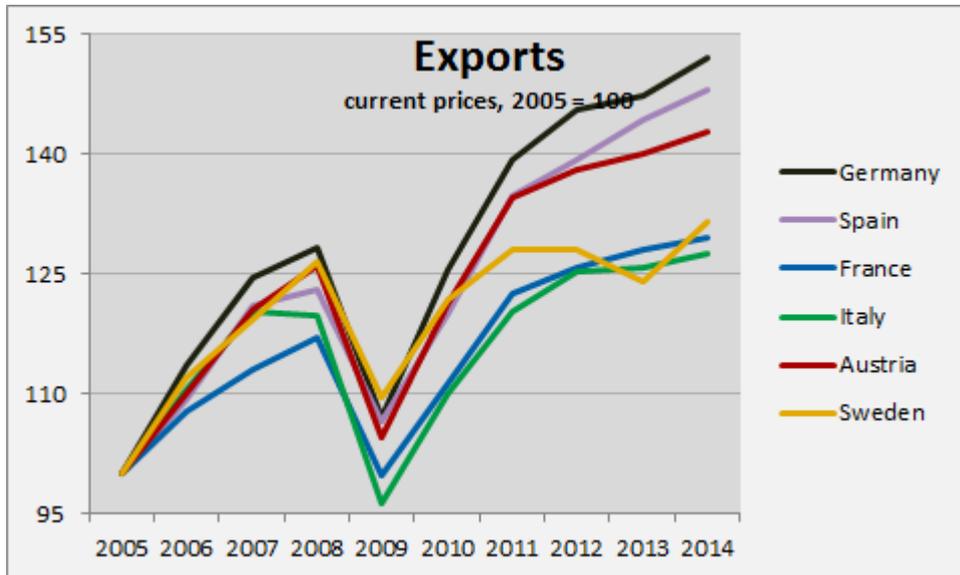
Österreich weist die mit Abstand günstigste Beschäftigungsentwicklung unter den dargestellten Staaten auf. Die Anzahl der Beschäftigungsverhältnisse ist seit dem Jahr 2005 um 11% angestiegen. Lediglich Deutschland und Schweden kommen auf eine ähnlich vorteilhafte Entwicklung mit einem Wachstum von etwa 8%. Die gute Arbeitsmarktpformance in Österreich und Deutschland wird zusätzlich dadurch untermauert, dass der tiefe wirtschaftliche Einbruch im Zusammenhang mit der Finanzkrise kaum Spuren in der Beschäftigungsdynamik hinterlassen hat. Schweden hatte demgegenüber einen durchaus kräftigen zeitweiligen Einbruch in der Beschäftigung zu verarbeiten. Die Beschäftigungsdynamik in Frankreich und Italien war seit 2005 spürbar gedämpft. In Frankreich hat die Anzahl der Beschäftigungsverhältnisse lediglich um etwa 2 ½ % zugenommen in Italien war sogar ein Rückgang um 1 ¼ % zu verzeichnen. Spanien wies bis zum Ausbruch der Finanzkrise ein sehr dynamisches Beschäftigungswachstum auf, danach folgte jedoch ein katastrophaler Einbruch. Gegenüber dem Jahr 2005 ist das Beschäftigungsniveau in Spanien um 8 ½ % gesunken, im Vergleich zum Jahr 2008 gar um 15%. Zwar konnte der Rückgang der Beschäftigung im Jahr 2014 gestoppt werden, eine Überwindung der verheerenden Konsequenzen der Finanzkrise für den spanischen Arbeitsmarkt scheint derzeit aber noch nicht in Sicht.

## 2.2. Internationale Wettbewerbsfähigkeit

Im europäischen Binnenmarkt und einer zunehmend globalisierten Arbeitsteilung kommt der internationalen Wettbewerbsfähigkeit eine zentrale Rolle für die wirtschaftliche Entwicklung zu. In

Abbildung 4 ist die Entwicklung der Warenexporte seit 2005 dargestellt, wobei die Ausgangsniveaus der Exporte für die jeweiligen Länder mit 100 normiert sind. Die Exportdynamik wurde in hohem Maße von der Finanzkrise beeinflusst, die zu einem vorübergehenden starken Einbruch im Außenhandel geführt hat. Allerdings haben sich die Exporte nach der Finanzkrise rasch wieder erholt.

Abbildung 4: Exporte von Waren und Dienstleistungen seit 2005



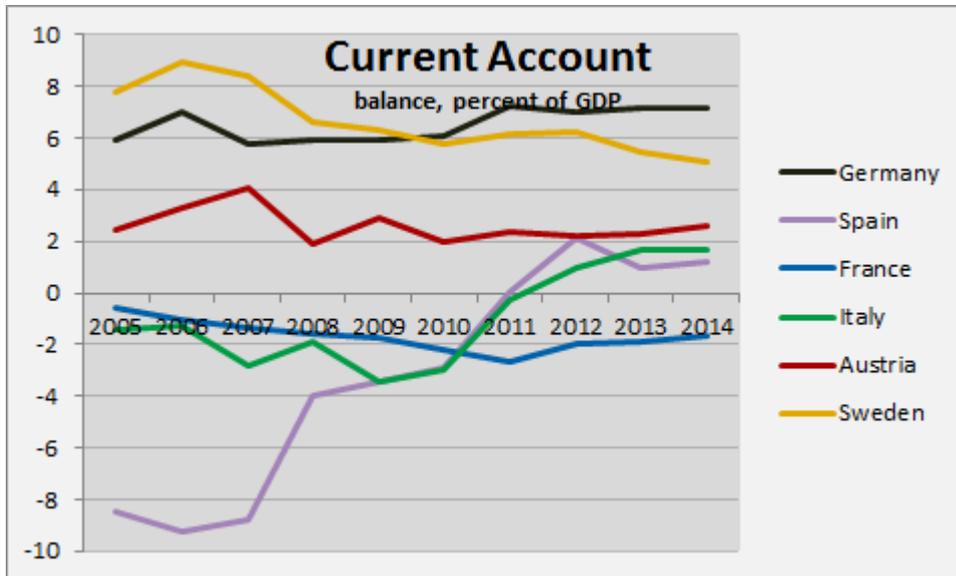
Quelle: Europäische Kommission, AMECO Database

Deutschland weist mit Abstand das stärkste Wachstum bei den Exporten auf. Seit dem Jahr 2005 sind die Exporte von Waren und Dienstleistungen um 52 % gewachsen. Österreich konnte bis zum Jahr 2010 mit der Wachstumsdynamik Deutschlands Schritt halten, seitdem wird jedoch ein spürbares Zurückbleiben in der Exportperformance sichtbar. Österreich weist ein Wachstum von knapp 43 % auf und liegt damit auch hinter Spanien (47 %) zurück. Spanien konnte insbesondere seit dem Jahr 2010 die Exporte deutlich ausweiten, was auf erfolgreiche Maßnahmen im Bereich der Bewältigung der Finanzkrise hindeutet. Frankreich (29 %) und Italien (27%) bleiben bei der Außenhandelsentwicklung deutlich hinter den anderen betrachteten Staaten zurück. Die vergleichsweise schwache Exportleistung ist dabei über den gesamten Beobachtungszeitraum sichtbar. Schweden hat seit 2010 deutlich an Terrain beim Exportwachstum verloren und liegt etwa im Bereich von Frankreich und Italien.

In Abbildung 5 wird die Entwicklung der Leistungsbilanz dargestellt. Deutschland weist gegenwärtig erhebliche Leistungsbilanzüberschüsse von über 7 % auf. Dies spiegelt die hohe internationale Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft wider. Schweden wies vor der Finanzkrise noch höhere Leistungsbilanzüberschüsse aus als Deutschland, die Überschüsse waren in den vergangenen Jahren jedoch rückläufig und liegen mittlerweile bei 5 % des BIP. Österreich gehört ebenfalls zu der Gruppe von Staaten, die in den vergangenen zehn Jahren durchgängig Leistungsbilanzüberschüsse erwirtschaften konnten. Die Überschüsse lagen dabei etwa bei 2 ½ %. Chronische jährliche Leistungsbilanzdefizite von rund 1 ¾ % des BIP, als Indikator für eine schwache internationale Wettbewerbsposition, weist demgegenüber Frankreich auf. Bis 2010 wies auch Italien chronische Leistungsbilanzdefizite auf, diese konnten jedoch seit 2012 in Überschüsse übergeführt werden. In den Jahren 2013 und 2014 betrug der Leistungsbilanzüberschuss Italiens knapp 2 %. Bemerkenswert ist die Veränderung der Leistungsbilanz

Spaniens. Massive Defizite von 9 % des BIP im Zeitraum 2005-2007 wurden in deutliche Überschüsse (von 1 bis 2 % des BIP) seit 2012 gedreht.

Abbildung 5: Leistungsbilanz in Prozent des BIP seit 2005



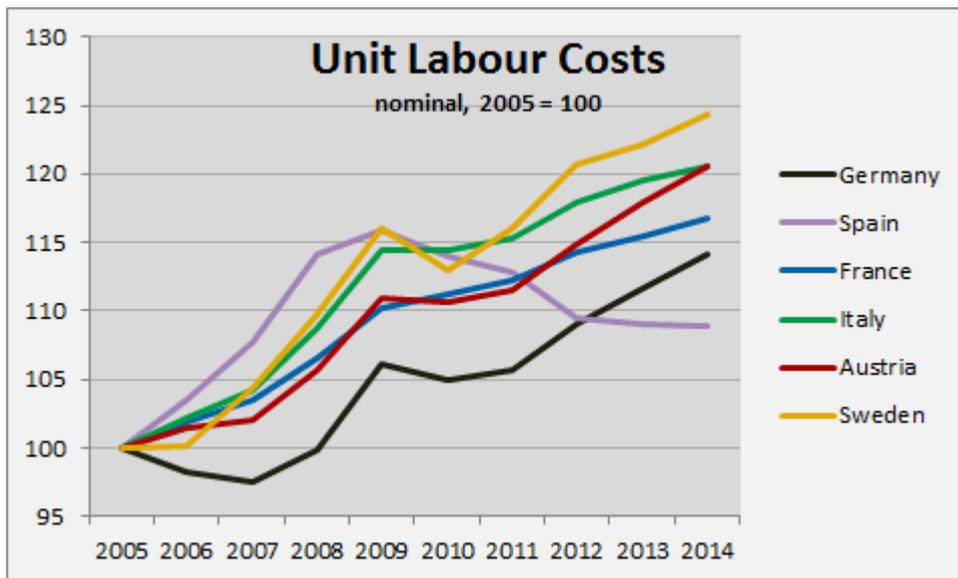
Quelle: Europäische Kommission, AMECO Database

### 2.3. Preisliche Wettbewerbsfähigkeit

Eine wesentliche Determinante der internationalen Wettbewerbsfähigkeit und der wirtschaftlichen Leistungskraft einer Volkswirtschaft stellt die preisliche Wettbewerbsfähigkeit dar. Insbesondere im gemeinsamen Währungsraum der Europäischen Union kommt dem Verhältnis von Kosten zu Produktivität von Arbeitnehmern und Unternehmen entscheidende Bedeutung zu.

In Abbildung 6 ist die Entwicklung der nominellen Lohnstückkosten für die ausgewählten Mitgliedstaaten dargestellt. Die nominellen Lohnstückkosten bilden die Veränderung der Arbeitskosten einer gesamtwirtschaftlichen Outputeinheit ab. Sie beinhalten sowohl die Entwicklung der Lohnkosten als auch die Produktivitätsentwicklung.

Abbildung 6: Nominelle Lohnstückkosten, 2005=100

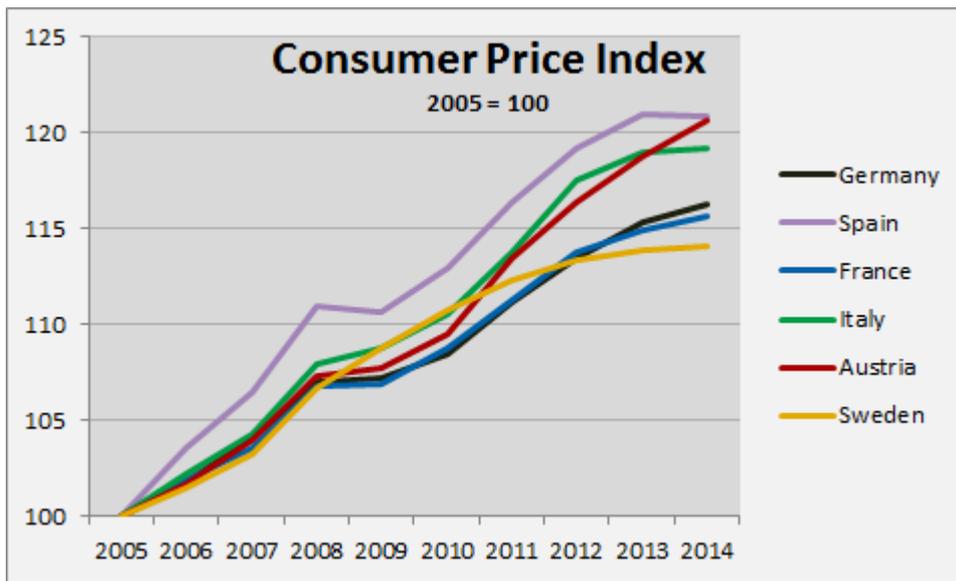


Quelle: Europäische Kommission, AMECO Database

Deutschland weist traditionell eine sehr gedämpfte Lohnstückkostendynamik auf. Bis 2007 waren die Lohnstückkosten sogar rückläufig, seit dem Jahr 2005 sind sie nur um 14 % angestiegen. Allerdings erzielte Spanien im Zehnjahresvergleich einen noch niedrigeren Anstieg von 8 %. Dies ist auf den starken Rückgang der Lohnstückkosten in Spanien seit der Finanzkrise zurückzuführen. Es belegt, dass die spanische Wirtschaft in den vergangenen Jahren deutlich an Wettbewerbsfähigkeit gewinnen konnte. Deutlich ungünstigere Lohnstückkostendynamik gegenüber Deutschland ist in Frankreich und Italien zu beobachten. Österreich weist insbesondere in den letzten Jahren deutlich höhere Anstiege in den Lohnstückkosten auf. Seit 2005 sind sie um 20 % angestiegen, damit liegt Österreich gleichauf mit Italien. Den stärksten Anstieg der Lohnstückkosten verzeichnete Schweden mit einem Zuwachs von 25 %.

Unterschiede in der gesamtwirtschaftlichen Kosten-Entwicklung wirken in der Regel auf den Preisauftrieb in einer Volkswirtschaft. Dieser hat wiederum über die Lohnverhandlungen Rückkoppelungen auf die Kostendynamik. Die Inflationsrate ist somit ebenfalls ein wichtiger Indikator für die preisliche Wettbewerbsfähigkeit einer Volkswirtschaft. In Abbildung 7 ist die Entwicklung des HVPI dargestellt.

Abbildung 7: Harmonisierter Verbraucherpreisindex, 2005 = 100



Quelle: Eurostat

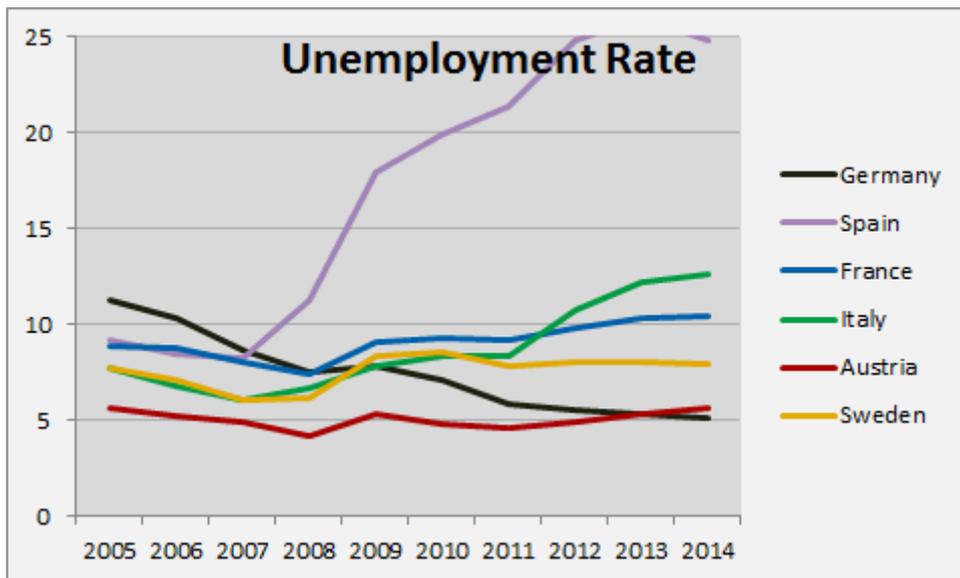
Seit dem Jahr 2005 war der Preisauftrieb in Schweden mit kumuliert 14 % am niedrigsten. Von den Mitgliedstaaten des Euroraum wiesen Frankreich und Deutschland mit Werten knapp über 15 % die niedrigsten Werte auf. Deutlich dynamischer hat sich die Inflation in Italien, Spanien und Österreich entwickelt. Österreich gehörte bis 2009 zu den preisstabilsten Ländern des Euroraums, mittlerweile erreicht der Preisauftrieb unter betrachteten Staaten einen Spitzenwert (gleichauf mit Spanien) von 120,6 %.

## 2.4. Arbeitslosigkeit

Entscheidend für die Anpassungsfähigkeit und Performance einer Volkswirtschaft ist ein funktionierender Arbeitsmarkt, der es ermöglicht Angebot von und Nachfrage nach Arbeitskräften rasch und effizient zusammenzuführen. Die Entwicklung der Arbeitslosenquote ist ein bedeutender Indikator für die Funktionsweise des Arbeitsmarkts. Eine niedrige Arbeitslosenquote spiegelt die Fähigkeit einer Volkswirtschaft wider, laufende strukturelle Anpassungen rasch und mit geringen Reibungsverlusten vorzunehmen. Die Verbesserung der Funktionsweise der Arbeitsmärkte stellt seit zwei Jahrzehnten einen zentralen Schwerpunkt der gemeinschaftlichen Wirtschaftspolitik dar. In einer Reihe von Mitgliedstaaten ist es gelungen, sichtbare Fortschritte bei der Verringerung der Arbeitslosigkeit zu erzielen. Allerdings bestehen weiterhin erhebliche Unterschiede in der Arbeitsmarktperformance.

In Abbildung 8 ist die Entwicklung der Arbeitslosenquote dargestellt.

Abbildung 8 : Arbeitslosenquote



Quelle: Eurostat

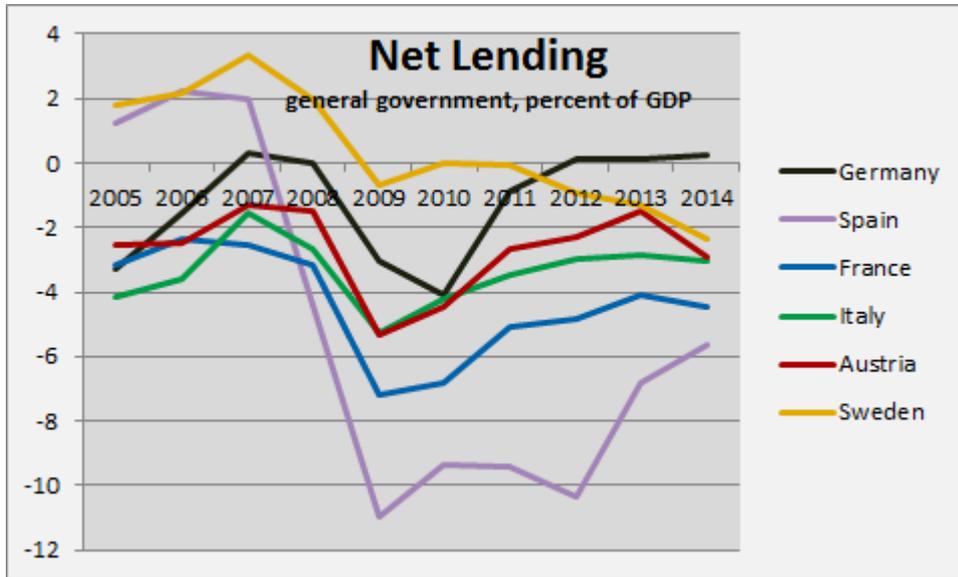
Die Entwicklung der Arbeitslosenquote in den vergangenen zehn Jahren beschreibt anschaulich, die enormen Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten in der Fähigkeit strukturelle Anpassungen durchzuführen. Im Jahr 2005 wies Deutschland mit einem Wert von 11,3 % die höchste Arbeitslosenquote unter den betrachteten Staaten auf. Zehn Jahre später ist es Deutschland – trotz der Finanz- und Wirtschaftskrise – gelungen die Arbeitslosenquote auf den niedrigsten Wert von 5,1 % zu verringern und damit mehr als zu halbieren. Demgegenüber ist die Arbeitslosenquote in Spanien von einem Ausgangswert von etwa 9 % auf über 24 % im Jahr 2014 explodiert. Deutliche – wenn auch weniger dramatische – Anstiege der Arbeitslosigkeit waren in Frankreich und Italien zu verzeichnen. In Österreich und Schweden blieb die Arbeitslosigkeit in den vergangenen zehn Jahren weitgehend stabil. Österreich hatte aber insbesondere in den vergangenen drei Jahren einen merkbaren Anstieg der Arbeitslosenquote zu verzeichnen.

## 2.5. Staatsfinanzen

Die Situation der öffentlichen Haushalte beeinträchtigt die wirtschaftliche Entwicklung in der Europäischen Union seit der Finanzkrise in erheblichem Maße. Im Gefolge des Wirtschaftseinbruchs des Jahres 2009 wurden teilweise unhaltbare Ungleichgewichte bei den öffentlichen Haushalten in einzelnen Mitgliedstaaten offenbar, die in der Folge das Vertrauen von Marktteilnehmern in die Tragfähigkeit der staatlichen Haushaltspolitiken nachhaltig beschädigt hat. Gegenwärtig stehen die Staaten des Euroraums vor der Aufgabe, das Vertrauen in die langfristige Finanzierbarkeit der Staatshaushalte wiederherzustellen.

In Abbildung 9 sind die gesamtstaatlichen Budgetsalden für die ausgewählten Staaten in Prozent des BIP dargestellt.

Abbildung 9: Nettofinanzierungssaldo des Gesamtstaats in Prozent des BIP

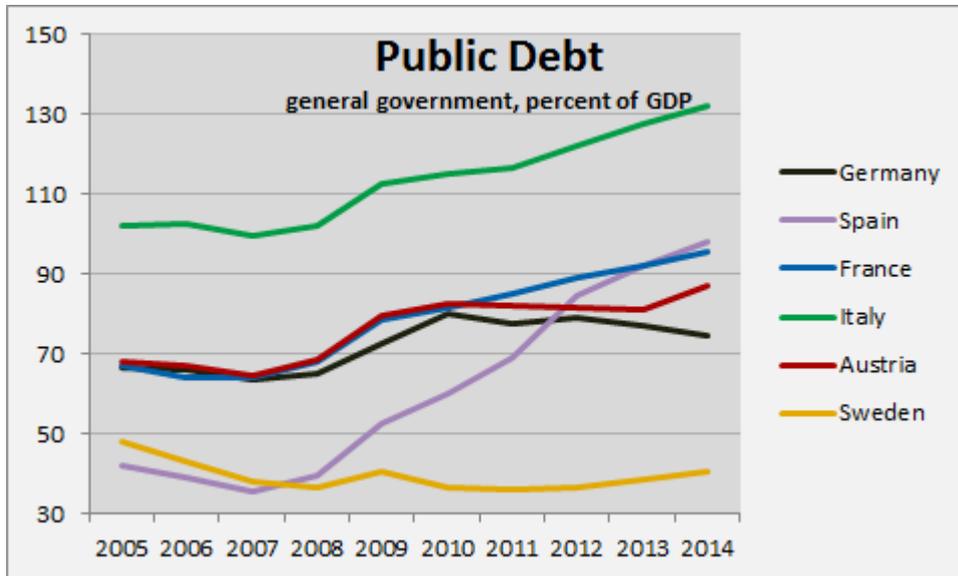


Quelle: Europäischen Kommission, AMECO Database.

Schon vor Ausbruch der Finanzkrise wiesen Frankreich und Italien trotz guter wirtschaftlicher Rahmenbedingungen de facto unhaltbar hohe Budgetdefizite zwischen 3 % und 4 % des BIP auf. Im Gefolge der Wirtschaftskrise haben sich die Defizite in allen Staaten deutlich ausgeweitet und stiegen etwa auf 5 % in Österreich und Italien, 7 % in Frankreich und über 10 % in Spanien. Insbesondere der spanische Staatshaushalt war von den Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise enorm betroffen. Eine weitgehend solide Entwicklung der Budgetdefizite war in Schweden zu verzeichnen, wo vor der Finanzkrise deutliche Überschüsse verbucht werden konnten, Deutschland konnte mittlerweile bereits einen ausgeglichenen Staatshaushalt wiederherstellen. Die österreichischen Staatsfinanzen blieben zwar weitestgehend innerhalb der im Stabilitätspakt vorgegebenen Defizitobergrenze von 3 %, mit einem durchschnittlichen Defizit von 2,7 % des BIP seit 2005 ist jedoch erheblicher Konsolidierungsbedarf gegeben.

Mittel- bis langfristig führen hohe Budgetdefizite zu einem Anstieg der Staatsverschuldung, die in weiterer Folge – insbesondere bei steigenden Zinssätzen – den Spielraum der Fiskalpolitik einengt. In Abbildung 10 ist die Entwicklung der Staatsschuldenquoten dargestellt.

Abbildung 10: Staatsverschuldung in Prozent des BIP



Quelle: Europäische Kommission, AMECO Database

Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat zu einem teilweise dramatischen Anstieg der Staatsverschuldung geführt. In Spanien stieg etwa die Verschuldung von 35 % auf knapp 100 % des BIP, in Frankreich liegt die Staatsverschuldung bei 95 %, in Italien mittlerweile bei sogar über 130 %. Selbst Deutschland liegt mit einer Schuldenquote von knapp 75 % des BIP sehr weit von der laut Stabilitätspakt zulässigen Obergrenze von 60 % entfernt. Die Schuldenquote Österreich ist mittlerweile über 80 % angestiegen und hat somit ebenfalls ein höchst beunruhigendes Ausmaß erreicht. Lediglich die Situation Schwedens bildet eine löbliche Ausnahme. Trotz Finanz- und Wirtschaftskrise ist die Staatsschuldenquote von knapp 50 % des BIP im Jahr 2005 auf 40 % im Jahr 2014 zurückgegangen.

### 3. Bewertung der Ergebnisse

Die dargestellte Dynamik von volkswirtschaftlichen Indikatoren für ausgewählte Mitgliedstaaten der Europäischen Union erlaubt erstens eine Bewertung der volkswirtschaftlichen Wettbewerbsposition Österreichs. Zweitens ermöglichen die Daten auch eine Einschätzung der makroökonomischen Stabilität des Euroraums. Innerhalb eines Währungsraums stellen persistente bzw. sogar steigende makroökonomische Ungleichgewichte eine ernsthafte Bedrohung der wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten dar.

### 3.1. Volkswirtschaftliche Wettbewerbsposition Österreichs

In der jüngeren Vergangenheit wurde die Güte des Wirtschaftsstandorts Österreichs wiederholt leidenschaftlich und kontroversiell diskutiert. Einerseits wiesen skeptische Stimmen auf den Rückfall Österreichs in Standort-Rankings hin und sahen den Wirtschaftsstandort Österreich substantiell geschädigt. Auf der anderen Seite führten Kommentatoren die vorzüglichen makroökonomischen Ergebnisse der österreichischen Wirtschaft für die intakte Wettbewerbsposition ins Treffen.

Der vorliegende Vergleich der Entwicklung wesentlicher makroökonomischer Variablen für die vergangenen zehn Jahre zeigen, dass die beiden fundamental gegensätzlichen Einschätzungen tatsächlich durch empirische Daten belegt werden können. So ist einerseits festzuhalten, dass Österreich innerhalb der EU Spitzenwerte bei Wirtschafts- und insbesondere bei Beschäftigungswachstum erreicht hat. Die hervorragende Leistungsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft ist zweifellos bis in die aktuelle Gegenwart dokumentiert.

Auf der anderen Seite haben sich aber einige wesentliche makroökonomische Größen vergleichsweise ungünstig entwickelt. Es sind dies gerade jene Faktoren, die für wirtschaftliche Entwicklung Österreichs in der nahen bis mittleren Zukunft von entscheidender Bedeutung sind. So hat die österreichische Wirtschaft bei der Lohnstückkosten-Entwicklung in der jüngeren Vergangenheit nicht nur gegenüber Deutschland sichtbar an Boden verloren. Der Rückfall in der preislichen Wettbewerbsfähigkeit ist insbesondere an der Inflations-Dynamik ablesbar, wo Österreich für das letzte Jahrzehnt mittlerweile den höchsten Preisaufrtrieb gemeinsam mit Spanien aufweist. Bei den öffentlichen Finanzen profitierte Österreich von einer historischen günstigen Ausgangsposition, die jedoch nicht genutzt wurde um die notwendige Budgetkonsolidierung zügig voranzutreiben. Die verspätete Restrukturierung des österreichischen Bankensektors führt zu zeitverzögerten Belastungen für den öffentlichen Sektor und lässt Österreich auch in diesem Bereich zurückfallen. Schließlich hat Österreich auch seine Position als EU-Mitgliedstaat mit der niedrigsten Arbeitslosenquote verloren. Dies ist ebenfalls ein Beleg, dass in den vergangenen Jahren erforderliche Reformen in Österreich nur mangelhaft angegangen wurden.

Der Rückfall der österreichischen Wirtschaft in wettbewerbsrelevanten Bereichen hat bereits erste Rückwirkungen auf die relative Performance Österreichs. Das Exportwachstum Österreichs ist in der jüngeren Vergangenheit bereits merkbar gegenüber Deutschland zurückgefallen auch beim Wirtschaftswachstum gerät Österreich aktuell bereits ins Hintertreffen.

Die vorliegenden Befunde ergeben einen unangenehmen Ausblick für die weitere Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung Österreichs. Verschlechterungen in der internationalen preislichen Wettbewerbsfähigkeit wirken sich mit Zeitverzögerung nachteilig auf das Wirtschaftswachstum aus. Erfahrungsgemäß sind die Folgewirkungen für die betroffene Volkswirtschaft anhaltend und nur mühsam zu korrigieren.

### 3.2. Wachstum und Stabilität im Euroraum

Persistente makroökonomische Ungleichgewichte stellen im gemeinsamen Währungsraum des Euroraums ein bedeutendes Hindernis für die Wachstumsdynamik dar. Durch die einheitliche Geldpolitik entfällt ein wesentlicher Anpassungsmechanismus – der Wechselkurs – bei Unterschieden in der Wettbewerbsfähigkeit zwischen den Mitgliedstaaten. Zudem engt der Stabilitätspakt die Möglichkeiten der Fiskalpolitik als Ausgleichsmechanismus ein. Die Anpassungen müssen daher über entsprechende Flexibilität auf den Arbeitsmärkten, über Löhne und Arbeitsmigration erfolgen. Die vorliegenden Daten über die wirtschaftliche Entwicklung in den betrachteten Mitgliedstaaten weisen darauf hin, dass die erforderliche Konvergenz der makroökonomischen Rahmenbedingungen im Euroraum bis dato nur ungenügend erreicht werden konnte. Positiv ist zu vermerken, dass es Spanien gelungen ist die bestehenden massiven Ungleichgewichte im Bereich der Außenhandelsposition und der öffentlichen Finanzen teilweise zu korrigieren. Weiterhin bestehen aber in Spanien substanzielle Defizite in der Funktionsweise des Arbeitsmarktes. Dies deutet darauf hin, dass in diesem Bereich notwendige Reformschritte ausständig sind. In Italien waren die Reformschritte bislang nicht ausreichend, um die bestehenden Wettbewerbsdefizite der Wirtschaft zu korrigieren. Ähnlich ist die Lage in Frankreich zu beurteilen. Die französische Wirtschaft kann weder bei Wachstumsperformance noch bei der internationalen Wettbewerbsfähigkeit mit der dominierenden deutschen Wirtschaft Schritt halten. Eine längerdauernde Wachstumsschwäche in Frankreich und Italien scheint daher unausweichliche Konsequenz der strukturellen Schwächen der jeweiligen Wirtschaft zu sein. Die mangelnden wachstumsfördernden Kräfte in Spanien, Frankreich und Italien schlagen zudem negativ auf die öffentlichen Finanzen in diesen Ländern durch. Trotz bestehender Anstrengungen erscheint das Erreichen eines einigermaßen ausgeglichenen Staatshaushaltes in diesen Staaten derzeit schwer erreichbar. Die Schwierigkeiten bei der Budgetkonsolidierung hemmen zusätzlich die Wachstumsdynamik in diesen Ländern. Innerhalb der Staaten des Euroraum fällt nunmehr auch Österreich bei Wettbewerbsfähigkeit deutlich hinter Deutschland zurück. Angesichts dieser Ausgangsposition ist davon auszugehen, dass sich die anhaltende Wachstumsschwäche in der Europäischen Union in den kommenden Jahren fortsetzen wird. Aufgrund der soliden Wettbewerbsposition der deutschen Wirtschaft werden sich die Unterschiede in der wirtschaftlichen Performance zwischen den Mitgliedstaaten in den kommenden Jahren tendenziell verfestigen. Selbst wenn die erforderlichen Reformen in einzelnen Staaten durchgeführt werden, ist davon auszugehen, dass sich der Konvergenzprozess langwierig gestalten wird.

### 3.3. Resümee und Empfehlungen

Trotz einer im europäischen Vergleich aktuell vorzüglichen Positionierung der österreichischen Wirtschaft sind die mittelfristigen Aussichten als sehr ungünstig einzuschätzen. Die österreichische Wirtschaft in den vergangenen zehn Jahren nicht nur gegenüber Deutschland erhebliche Einbußen in der Wettbewerbsfähigkeit erlitten. Der kontinuierliche Verlust an Wettbewerbsfähigkeit hat das Wachstumspotenzial der österreichischen Wirtschaft deutlich abgesenkt, sodass in den kommenden Jahren vergleichsweise niedrige Zuwachsraten bei Wertschöpfung und Beschäftigung zu erwarten sind. Zudem bleiben die Unterschiede in der Wettbewerbsfähigkeit zwischen den Mitgliedern des Euroraum hartnäckig hoch. Dies führt dazu, dass für den Euroraum generell von einer sehr gedämpften Wachstumsentwicklung auszugehen ist. Dies impliziert, dass ein weiterer dämpfender Effekt auf die österreichische Wirtschaft von einer ungünstigen gesamteuropäischen Entwicklung ausgeht.

Angesichts dieser Vorzeichen wäre eine offensive Standortstrategie in Österreich angezeigt. Ein wesentliches Augenmerk sollte dabei auf die Eindämmung der anhaltend hohen Inflation und den mittlerweile beunruhigenden Anstieg der strukturellen Arbeitslosigkeit gelegt werden. Zur Schaffung von Spielraum für öffentliche Zukunftsinvestitionen ist es zudem empfehlenswert die erlahmten Anstrengungen zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte zu reaktivieren. Die Reformanstrengungen in den Problembereichen sollten ehestmöglich intensiviert werden, weil der Rückfall in der Wettbewerbsposition das Wachstumspotenzial der österreichischen Wirtschaft beeinträchtigt und somit die erforderlichen Anpassungen zusätzlich erschwert.